Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 13. Wahlperiode: 1.-74. Sitzung. (13/1 - 13/1057), 1991 -1995

28.10.1993 - Beschlußprotokoll 40. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
40. Sitzung
28.10.93

Berichtigung

Es wird gebeten, im Beschlußprotokoll der 40. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) folgende Berichtigungen vorzunehmen:

1. Auf Seite 1 im Kopf, 4. Zeile muß es statt "Nr. 13/572 - 13/602" richtig heißen: **"Nr. 13/572 - 13/603"**

2. Unter Nr. 13/602 ist Punkt 1 zu streichen. Es wird folgende neue Nummer angefügt:

   "Nr. 13/603
   Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen
   Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 1993
   (Drucksache 13/663)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung."

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
13. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
40. Sitzung
28. 10. 93
Nr. 13/572 — 13/602

Nr. 13/572

Fragestunde

1. Zusammenarbeit mit dem Landesfeuerwehrverband
   Anfrage der Abgeordneten Bergen, Kudella und Fraktion der CDU vom 10. September 1993

2. Öffentliches Zeigen der Reichskriegsflagge
   Anfrage der Abgeordneten Isola, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 17. September 1993

3. Überarbeitung der Richtlinien zur Feststellung der Verfassungstreue
   Anfrage des Abgeordneten Dr. Kuhn (GRÜNE) vom 17. September 1993

4. Entsorgung von unverlangt zugestellten Werbeschriften
   Anfrage des Abgeordneten Dr. Kuhn (GRÜNE) vom 17. September 1993

5. Mißbrauch schuleigener Lautsprechersysteme
   Anfrage der Abgeordneten Röwekamp, Kudella und Fraktion der CDU vom 17. September 1993

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

6. Schlachttiertransporte aus Deutschland und im Transit durch Deutschland
   Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 20. September 1993

Diese Anfrage wird zurückgezogen.

7. Mangelnder Schutz des Fehrmoors in Bremerhaven
   Anfrage der Abgeordneten Niederbremer, Kudella und Fraktion der CDU vom 21. September 1993

8. Abfall- und Reststoffüberwachungssystem
   Anfrage der Abgeordneten Niederbremer, Kudella und Fraktion der CDU vom 21. September 1993

9. Arbeitsplatzverluste durch Billiglohnkonkurrenzen
   Anfrage des Abgeordneten Schramm (GRÜNE) vom 21. September 1993

10. Autoumschlag über die bremischen Häfen
    Anfrage des Abgeordneten Schramm (GRÜNE) vom 21. September 1993

11. Steuergelder
    Anfrage der Abgeordneten Weidenbach, Marion Blohm und Gruppe der DVU vom 24. September 1993

12. Verfassungsschutz
    Anfrage der Abgeordneten Weidenbach, Elfriede Budina, Marion Blohm und Gruppe der DVU vom 24. September 1993

13. Lebensschutzbeauftragter
Anfrage der Abgeordneten Marion Blohm und Gruppe der DVU vom 24. September 1993

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

14. Elektronische Maßnahmen gegen die organisierte Kriminalität
Anfrage der Abgeordneten Borttscheller, Kudella und Fraktion der CDU vom 27. September 1993

15. Wohnungsbaukonzeption des Senats für die Stadtgemeinde Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Teiser, Kudella und Fraktion der CDU vom 28. September 1993

16. Abschiebungsverfahren in Bremerhaven
Anfrage des Abgeordneten Schramm (GRÜNE) vom 28. September 1993

17. Weiterzahlung der Bezüge für Dienst zu ungünstigen Zeiten nach einem Dienstunfall
Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Kudella und Fraktion der CDU vom 30. September 1993

18. Freistellung von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst zur Wahrnehmung von Aufgaben der Personalvertretung
Anfrage der Abgeordneten Neujahr, Welke und Fraktion der FDP vom 30. September 1993

19. Immobilienleasing
Anfrage des Abgeordneten Mützelburg (GRÜNE) vom 5. Oktober 1993

20. Hafenwerbung in Prag gegen den Willen der Prager Bevölkerung?
Anfrage des Abgeordneten Schramm (GRÜNE) vom 5. Oktober 1993

21. Ausdünnung des Schienengüterverkehrs
Anfrage der Abgeordneten Mützelburg, Schramm und Fraktion DIE GRÜNEN vom 6. Oktober 1993

22. Verminderung der Strafverfolgung von Drogenkonsumenten gemäß § 31 a Betäubungsmittelgesetz
Anfrage der Abgeordneten Isola, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 7. Oktober 1993

23. Staatsanwaltschaft Bremerhaven
Anfrage des Abgeordneten Altermann und Gruppe der NK vom 14. Oktober 1993

24. Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft
Anfrage der Abgeordneten Fischer, Dittbrenner und Fraktion der SPD vom 20. Oktober 1993

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Abs. 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 13/573

Einsetzung eines Parlamentsausschusses „Novellierung des Bremischen Schulgesetzes, des Schulverwaltungsgesetzes und des Lehrerausbildungsgesetzes"

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 25. Oktober 1993
(Drucksache 13/676)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den folgenden Änderungsantrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuß „Novellierung des Bremischen Schul- und Schulverwaltungsgesetzes".

Bestandteil dieser Novellierung ist: freie Schulstandortwahl.

Nr. 13/574

Einsetzung eines nichtständigen Parlamentsausschusses „Novellierung des Bremischen Schul- und Schulverwaltungsgesetzes"

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP
vom 12. Oktober 1993
(Drucksache 13/660)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Einsetzung eines nichtständigen Parlamentsausschusses, der die Novellierung des Schulgesetzes und des Schulverwaltungsgesetzes erarbeiten soll.

Bestandteile dieser Novellierung sollen sein:

- die Neubestimmung des § 3 BremSchulG
- die grundsätzliche Berücksichtigung des Elternwillens
- die Beteiligung der Ortsamtsbeiräte bei Umorganisationen
- die Entwicklung eines überschaubaren und modernen Systems von schulischen Bildungsgängen und Abschlüssen
- eine größere Autonomie, Profilierung und Stadtteilorientierung der einzelnen Schulen.

Der Ausschuß besteht aus sieben Mitgliedern und sieben stellvertretenden Mitgliedern.

Um allen Schulen mit ihren Gremien, den Vertretungen der Schülerinnen und Schüler und Eltern, den Personalräten, Gewerkschaften und sonstigen Verbänden die Möglichkeit der Mitsprache zu eröffnen, wird der nichtständige Parlamentsausschuß geeignete Beteiligungsverfahren, die öffentliche Beratungen einschließen, entwickeln.

Das Gesetzgebungsverfahren sollte im Frühjahr 1994 abgeschlossen sein, damit die geänderten Gesetze zum Schuljahresbeginn 1994/95 in Kraft treten können.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Mitglieder in den Ausschuß:

Mitglieder	Stellvertreter/innen
Gerlinde Berk (SPD)	Ingrid Busboom (SPD)
Helga Jansen (SPD)	Manfred Fluß (SPD)
Bringfriede Kahrs (SPD)	Christian Weber (SPD)
Klaus Bürger (CDU)	Jörg Kastendiek (CDU)
Bernd Ravens (CDU)	Dr. Bernt Schulte (CDU)
Annelene von Schönfeldt (FDP)	Harald Neujahr (FDP)
Wolfram Sailer (GRÜNE)	Dieter Mützelburg (GRÜNE)

Nr. 13/575

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/Gruppen kein Thema beantragt worden.

Nr. 13/576

Benennung der bremischen Vertreter für den Ausschuß der Regionen der Europäischen Gemeinschaften (AdR)
(Stellvertretendes Mitglied)

Mitteilung des Senats vom 14. September 1993
(Drucksache 13/639)

Die Bürgerschaft (Landtag) benennt

Herrn Staatsrat Dr. Andreas F u c h s

als stellvertretendes Mitglied für den Ausschuß der Regionen.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Herrn Präsidenten Dr. Dieter K l i n k

in die Hauptversammlung der Versammlung der Regionen Europas (VRE).

Nr. 13/577

Gesetz zur Änderung des Bremischen Wassergesetzes

Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 1993
(Drucksache 13/662)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/578

Privatisierung und Übertragung von Aufgaben der Wasserbehörden an Dritte

Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. Oktober 1993
(Drucksache 13/675)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht in der Änderung des Bremischen Wassergesetzes, Drucksache 13/662, einen ersten Schritt zur stärkeren Effektivierung des Verwaltungshandelns und notwendiger Personaleinsparungen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, bis zum 1. Juli 1994 der Bürgerschaft einen Bericht über die geplanten vorgesehenen Übertragungen von Aufgaben der Wasserbehörde an Dritte vorzulegen.

Nr. 13/579

Gewährleistung einer gleichrangigen Schulversorgung in den Kommunen der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 3. August 1993
(Drucksache 13/613)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/580

Unterkunftswache Bereitschaftspolizei
Antrag der Fraktion der CDU
vom 5. Oktober 1992
(Drucksache 13/355)

D a z u

Unterkunftswache der Bereitschaftspolizei Bremen
Mitteilung des Senats vom 14. September 1993
(Drucksache 13/642)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 13/581

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 1990
Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 1991
(Drucksache 13/19)

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Senat aufgrund des § 114 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung.

Nr. 13/582

Bericht 1992 des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung und der Haushaltsrechnung 1990 der Freien Hansestadt Bremen vom 18. September 1992
(Drucksache 13/336)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechnungshofs Kenntnis.

Nr. 13/583

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 1990 (Mitteilung des Senats vom 3. Dezember 1991 — Drs. 13/19) und zum Bericht des Rechnungshofs zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen vom 18. September 1992 (Drs. 13/336) sowie Ergänzungsbericht zum Haushaltsjahr 1989 vom 7. September 1993
(Drucksache 13/644)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen im Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses vom 7. September 1993 bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Nr. 13/584

Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen
Antrag der Fraktionen der SPD, der FDP und DIE GRÜNEN
vom 17. September 1993
(Drucksache 13/646)

Der Senat wird aufgefordert,

1. sich dafür einzusetzen, daß die Einkommensbemessungsgrenzen der Sozialhilfe bezüglich der Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen, die nicht von den Krankenkassen bezahlt werden, gemäß der besonderen Einkommensgrenze des § 81 BSHG angehoben werden. Damit soll gewährleistet werden, daß auch geringerverdienende Frauen Anspruch auf Kostenübernahme haben,

2. sich dafür einzusetzen, eine einfache und unbürokratische Verfahrensweise für die Kostenübernahme in diesen Fällen zu finden; beispielsweise mit den Krankenkassen über eine Vorfinanzierung zu verhandeln,

3. rechtlich zu prüfen, ob in einem Bundesleistungsgesetz geregelt werden könnte, die Kosten eines Schwangerschaftsabbruchs bei Sozialhilfeempfängerinnen und geringerverdienenden Frauen aus Mitteln des Bundes zu finanzieren, sofern sie nicht von den Krankenkassen getragen werden.

Nr. 13/585

Gesetz zur Änderung des Bremischen Wirtschaftskammergesetzes
Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und DIE GRÜNEN
vom 12. Oktober 1993
(Drucksache 13/661)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie.

Nr. 13/586

Schlachttiertransporte
Antrag der Gruppe der NK
vom 20. September 1993
(Drucksache 13/647)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 13/587

Europaweites Verbot von Schlachtvieh-Ferntransporten
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN, der FDP und der CDU
vom 26. Oktober 1993
(Drucksache 13/679)

Die Bürgerschaft (Landtag) bekräftigt die Aussagen und Forderungen des Antrages der Fraktionen DIE GRÜNEN, der SPD, der FDP und der CDU vom Februar 1992, Drs. 13/71, welche sich mit den unzureichenden gesetzlichen Regelungen der Transportbedingungen, zu hohen Ladedichten, unzureichender Tränkung, Fütterung und Ruhepausen befaßten.

Neueste Horrormeldungen über Schlachtviehtransporte zeigen, daß die Mißstände nach wie vor bestehen. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat daher auf, sich weiterhin vehement für ein europaweites Verbot von Schlachtvieh-Ferntransporten, die weiter als 400 km ab Verladungsort geplant sind bzw. eine Dauer von acht Stunden überschreiten, einzusetzen.

Es ist nicht hinnehmbar, daß Tiere unter qualvollen Bedingungen quer durch Europa bis in nord- und westafrikanische Staaten transportiert werden, damit Viehhändler und Transporteure an den attraktiven EG-Exporterstattungen für Lebendviehtransporte in Drittländer verdienen können. Fakt ist, daß die EG das Kilogramm eines lebend transportierten Tieres mit DM 2,38 subventioniert. Schlachtvieh-Ferntransporte sind volkswirtschaftlich, ökologisch und aus Tierschutzgründen nicht vertretbar.

Deshalb fordert die Bürgerschaft (Landtag),

- daß die EG-Subventionen für Fleischtransporte höher liegen müssen als für den Transport von lebendem Schlachtvieh und die Subventionen insgesamt gesenkt werden müßten,
- daß die EG eine abgestimmte Entscheidung zwischen Entwicklungs-, Agrar- und Handelspolitik herstellt,
- daß in allen Bundesländern das Tierschutzgesetz restriktiv ausgelegt wird, indem ordnungsgemäße Versorgung (Fütterungs- und Tränkintervalle) sowie Höchstgrenzen für die Beladedichte gewährleistet werden,
- daß eine Versorgung der Tiere gewährleistet wird,
- daß die Tiertransportkontrollen inner- und außerhalb der Bundesrepublik verschärft werden.

Primäres Ziel der Bemühungen sollte ein möglichst kurzer Transportweg zu erzeugernahen Schlachthöfen und ein europaweites Verbot von Schlachtvieh-Ferntransporten sein.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich im Bundesrat für die Umsetzung der o. g. Punkte einzusetzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet bis zum Frühjahr 1994 einen Bericht, der auch die Forderungen der Drs. 13/71 mit abarbeitet.

Nr. 13/588

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung

Mitteilung des Senats vom 22. September 1993
(Drucksache 13/648)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 13/589

Vorzeitige Aufhebung der „Verordnung zur Begrenzung des Mietanstiegs"

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP
vom 22. September 1993
(Drucksache 13/649)

Nach der bis zum 31. Dezember 1995 geltenden „Verordnung zur Begrenzung des Mietanstiegs", die im Zusammenhang mit der Aufhebung der Wohnungsgemeinnützigkeit erlassen wurde, dürfen ehemals gemeinnützige Wohnungsunternehmen bei Mietverhältnissen, die vor dem 31. Dezember 1989 geschlossen wurden, die Mieten innerhalb eines Jahres um nicht mehr als fünf Prozent erhöhen.

Durch diese Festsetzung werden die Mieten im nicht mehr preisgebundenen Altwohnungsbestand der ehemals gemeinnützigen Wohnungsunternehmen auf einem sehr niedrigen Niveau gehalten.

Bei einer vorzeitigen Aufhebung der Verordnung wären Mietanhebungen — auf der Grundlage der Bundesgesetzgebung — von 20 Prozent innerhalb von drei Jahren möglich. Für die bremischen Unternehmen würde die Möglichkeit eine erhebliche Verbesserung der Eigenkapitalausstattung bedeuten, die für zusätzlichen Wohnungsbau eingesetzt werden könnte.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- die „Verordnung zur Begrenzung des Mietanstiegs" vom 19. Dezember 1989 bereits zum 31. Dezember 1993 aufzuheben;
- mit der Arbeitsgemeinschaft der Wohnungswirtschaft Bremen—Bremerhaven eine Verpflichtungserklärung auszuhandeln, nach der die im Zusammenhang mit der Aufhebung der „5-Prozent-Verordnung" stehenden Mehreinnahmen ausschließlich für zusätzlichen Wohnungsneubau außerhalb des Wohnungsbauförderungsprogramms eingesetzt und die Verwendung der Mittel offengelegt werden.

Nr. 13/590

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 27
vom 21. September 1993
(Drucksache 13/650)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/591

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 28
vom 5. Oktober 1993
(Drucksache 13/656)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/592

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 29
vom 19. Oktober 1993
(Drucksache 13/670)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 13/593

Bekämpfung extremistischer Bestrebungen im Lande Bremen
Antrag der Gruppe der DVU
vom 24. September 1993
(Drucksache 13/651 — Neufassung)

Der Antrag wird zurückgezogen.

Nr. 13/594

Deutschland ist kein Einwanderungsland
Antrag (Entschließung) der Gruppe der DVU
vom 24. September 1993
(Drucksache 13/652)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 13/595

Gewalt gegen Deutsche
Antrag (Entschließung) der Gruppe der DVU
vom 24. September 1993
(Drucksache 13/653)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 13/596

Verurteilung von Sozialabbau
Antrag (Entschließung) der Gruppe der DVU
vom 24. September 1993
(Drucksache 13/654)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 13/597

Wahl eines Mitglieds der Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Lydia B o h l i n g

anstelle der Abgeordneten Marion Blohm zum Mitglied der Deputation für den Fischereihafen in Bremerhaven.

Nr. 13/598

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Häfen, Schiffahrt und Außenhandel

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Peter S a k u t h

anstelle des Abgeordneten Klaus Blome zum Mitglied der staatlichen Deputation für Häfen, Schiffahrt und Außenhandel.

Nr. 13/599

Wahl eines Mitglieds der Deputation für Justiz und Verfassung

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Peter N e n n s t i e l

anstelle des Abgeordneten Klaus Blome zum Mitglied der Deputation für Justiz und Verfassung.

Nr. 13/600

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Peter N e n n s t i e l

anstelle des Abgeordneten Klaus Blome zum Mitglied der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie.

Nr. 13/601

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Gesundheit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Deputierte

Elke N e n n s t i e l

anstelle der Deputierten Elisabeth Miodunski zum Mitglied der staatlichen Deputation für Gesundheit.

Nr. 13/602

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen
   Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 1993
   (Drucksache 13/663)

2. Rückgang der Asylbewerberzahlen
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 4. Oktober 1993
   (Drucksache 13/655)

3. Keine Verschärfung des Jugendstrafrechts
   Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, DIE GRÜNEN und der FDP
   vom 12. Oktober 1993
   (Drucksache 13/659)

4. Bericht über den Stand und die Perspektiven der Zusammenarbeit in der NEUE HANSE INTERREGIO (NHI) — Jahresbericht 1993
   Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 1993
   (Drucksache 13/665)

Druck: Hans Krohn, Bremen